

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aktive Ankaufspolitik zum Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Flächenknappheit und steigende Bodenpreise sind ein Haupthindernis für eine zukunftsorientierte sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklungspolitik. Der Senat wird daher aufgefordert, vorausschauend einen strategischen Flächenankauf zu betreiben und dafür die prozessualen und instrumentellen Voraussetzungen zu schaffen.

- Der Ankauf von Flächen soll vorausschauend und langfristig angelegt sein und damit unabhängig von kurzfristigen Fachbedarfen. Ein solcher Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve soll Berlin in die Lage versetzen, schneller und kostengünstiger Flächen für eine soziale und ökologische Stadtentwicklungspolitik bereitzuhalten.
- Darüber hinaus sind die mittel- und langfristigen Fachbedarfe als Grundlage für eine aktive Ankaufspolitik zu hinterlegen und fortzuschreiben.
- Der Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve dient allen stadtentwicklungsrelevanten Flächennutzungen (Wohnen, Gemeinbedarf, Verwaltungsnutzung, Gewerbe, Grünflächen etc.) und ist Bestandteil einer umfassenden Daseinsvorsorge. Der Einsatz der angekauften Flächen erfolgt nach städtebaulichen, sozialen, ökologischen und stadtwirtschaftlichen Kriterien.
- Die angekauften Grundstücke werden ins Sondervermögen Daseinsvorsorge (SODA) überführt und dort bevorratet. Der erforderliche Finanzbedarf ist in der Haushaltsplanung bereitzustellen. Die prozessualen und instrumentellen Voraussetzungen für den strategischen Flächenankauf sind zu schaffen.
- Es ist zu prüfen, inwieweit Flächen landeseigener Beteiligungsunternehmen und anderer öffentlicher Eigentümer, die nicht mehr betriebsnotwendig sind, in geeigneter Weise in die strategische Grundstücksreserve einbezogen werden können.

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin ist erstmalig bis zum 30.06.2019 und künftig jährlich zu berichten.

Begründung:

Die aktuelle Regierungskoalition hat sich verpflichtet, eine soziale und nachhaltige Boden- und Liegenschaftspolitik zu verfolgen. Dazu soll ein nachhaltiges, strategisch vorausschauendes Flächenmanagement eingeführt werden. Die Weiterentwicklung der Boden- und Liegenschaftspolitik erfordert eine enge Verzahnung der Stadtentwicklungspolitik mit der Liegenschaftspolitik. Der aktive Flächenankauf zum Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve dient der Optimierung der Flächennutzung für eine städtebauliche, soziale, ökologische und stadtwirtschaftliche Politik.

Die Verfügbarkeit über landeseigenen Grund und Boden ist die Basis für eine zügige und kostensparende gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Angesichts knapper Flächen und zunehmender Konkurrenzen über deren Nutzung kann eine vorausschauende Daseinsvorsorge nur erfolgen, wenn auch die Liegenschaftspolitik vorausschauend erfolgt und sich am stadtpolitischen Nutzen orientiert. Neben Wohnen, Gewerbe, Ausgleichs- und Ersatzflächen ist dabei auch der Gemeinbedarf ausreichend zu berücksichtigen, der Flächen für Kultur, Sport, Bildung, Erholung und soziale Einrichtungen umfassen muss.

Um für Berlin ein passendes und praktikables Modell zu entwickeln, sollen Erfahrungen aus anderen Städten ebenso einbezogen werden wie Erfahrungen aus Politik und Zivilgesellschaft, aus Fachverwaltungen und den Bezirken. Auch die landeseigenen Unternehmen sollen in den Prozess einbezogen werden. Flächen, die nicht mehr betriebsnotwendig sind, sollen in die Grundstücksreserve einbezogen werden. Dies ist auch zu prüfen für Flächen anderer öffentlicher Eigentümer wie Bund, EBA, DB AG.

Berlin, d. 25. Januar 2019

Saleh Buchholz Spranger Heinemann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Gottwald Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Schillhaneck Schmidberger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen